Studentenzeitung der MHL

Mai 80, Nr. 24

DER SPRINGENDE PUNKT



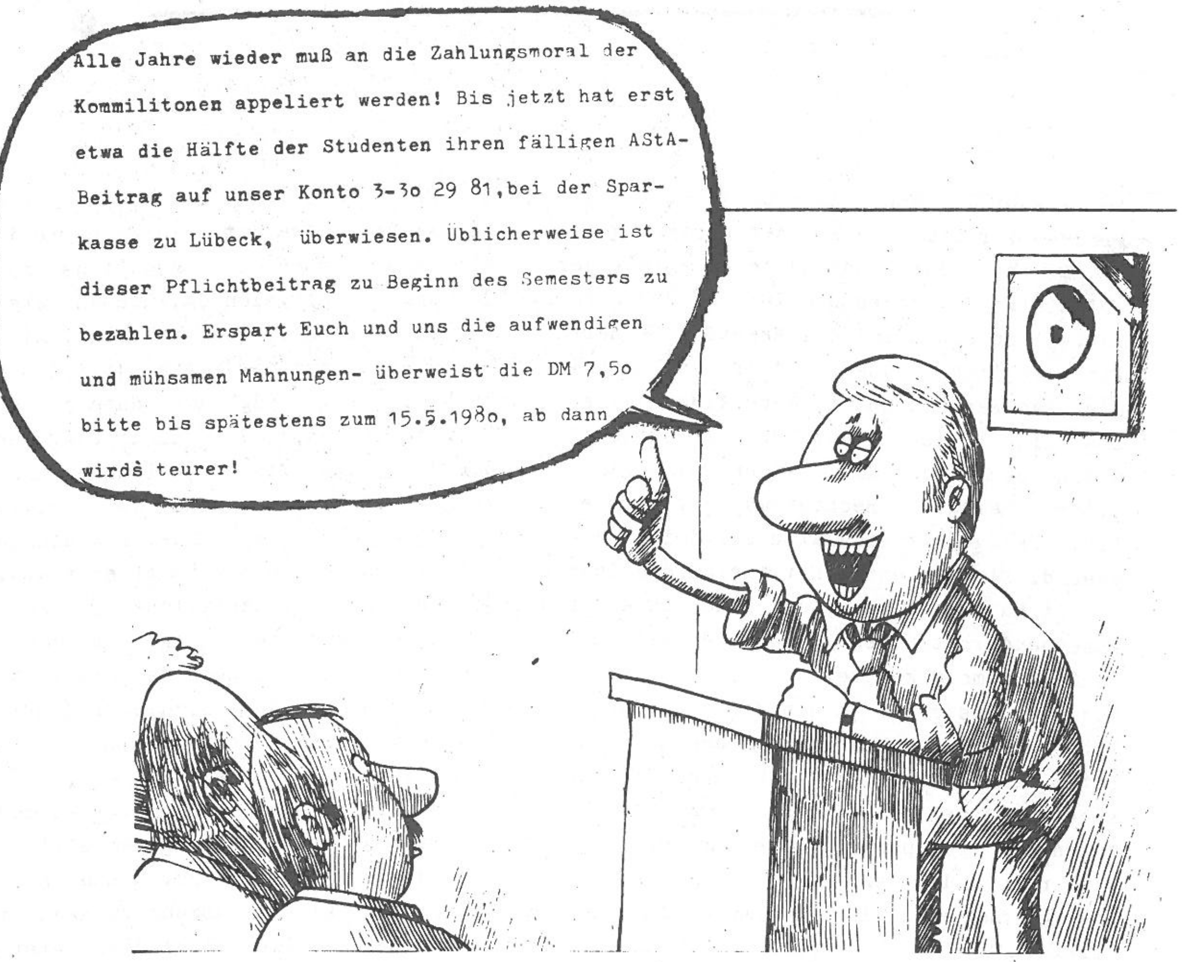
Inhaltsverzeichnis

Impressum:

V.i.S.d.P.: AStA der MHL, Ratzeburger Allee 160

Auflage: 500

Klageecke des Finanzreferenten



!

Lübecker Orthopäde vor Gericht!

1

Am 21.Februar 1980 begann um 11.00 Uhr ein Prozess vor dem Lübecker Amtsgericht gegen den Direktor der Orthopädischen Klinik der Medizinischen Hochschule Lübeck, Herrn Prof. Henßge und einem seiner Assistenten, Herrn Prof. Fujimaki, einem Japaner. Ankläger war die Staatsanwaltschaft, Nebenkläger eine ehemalige Patientin der Lübecker Orthopädie. Die beiden Ärzte waren durch etablierte Hamburger Rechtsanwälte vertreten, Prof. Henßge war ebenfalls persönlich anwesend. Die Patientin hatte sich den Rechtsanwalt Hauke genommen, der schon in anderen Auseinandersetzungen Erfahrungen mit Prof. Henßge sammeln konnte.
Von der Presse war je ein Vertreter der Lübecker Nachrichten und von dpa anwesend. Unter den zahlreichen Zuschauern befanden sich Ärzte der Orthopädie, ehemalige Patienten der Orthopädie, Schwestern der Station Studenten und andere Interessierte.
Was war nun eigentlich der Anlaß für dieses "Treffen"?
Aufgegriffen war die Sache schon im März 1979 von Prof. Hackethal in einer Ausgabe der Illustrierten "Quick":
Danach soll sich die damals 73 jährige Patientin am 15.August1977 in stationäre Behandlung der Orthopädie gegeben haben. Die insgesamt gesunde Frau litt seit ca. fünf Jahren an immer stärker werdenen Schmerzen der linken Hüfte. Man riet ihr, das Gelenk durch eine Endoprothese ersetzen zu lassen. Von internistischer Seite stand dieser Operation nichts entgegen.
Angeblich sei die Patientin vor der OP von keinem Klinikarzt mehr angesehen worden. Sie sei auch nicht über die Risiken der Operation aufgeklärt worden.

3

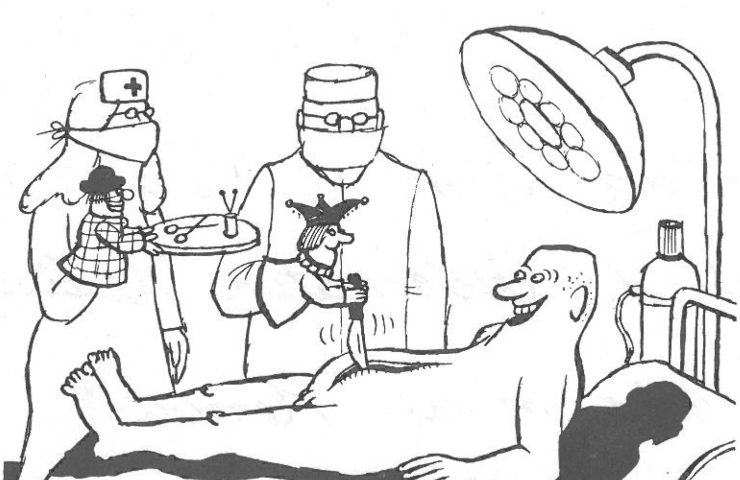
In der Verhandlung wurde zunächst Prof. Henßge selbst gehört. Dieser hatte in einer Aktentasche eine Reihe von Utensilien (Modell eines Hüftgelenkes, Hohmannhebel und andere Instrumente) mitgebracht, mit deren Hilfe er seinen Vortrag zu untermalen versuchte. Prof. Henßge versuchte dem Gericht klar zu machen, daß es nicht bewiesen sei, daß die venöse Stase des linken Beines im kausalen Zusammenhang mit der Verletzung der Vena femoralis stände. Auf einige Fragen des Gerichts wich er eher aus, gerade wenn es um zeitliche Abläufe des damaligen Geschehens ging. Vernommen wurden dann einige Zeugen, der Anästhesist, die Assistenten der OP, die OP-Schwester und andere. Bei dieser Vernehmung traten derartig viele Widersprüche auf, daß jedem Anwesenden im Saale unwohl werden mußte. Indirekt schob man sich gegenseitig die Schuld der Reihe nach zu. Einmal schien Prof. Fujimaki der Buhmann zu sein, im nächsten Augenblick einer der Assistenten und auch Prof. Henßge konnte sich aus dem Geschehen nicht heraushalten, zumal er als Klinikdirektor so und so für die getroffenen Entscheidungen verantwortlich war. Prof. Henßge behauptete zunächst, er hatte, nachdem man ihn gerufen hatte, zur Darstellung des verletzten Gefäßes gar kein Instrument in der Hand. Demgegenüber standen aber Aussagen anderer an der Operation Beteiligter.
Ein Assistent behauptete, er habe gesehen, wie Prof. Fujimaki deutlich mit dem Hohmannhebel abgerutscht sei. Daraufhin versuchte der Verteidiger von dem Japaner seinen Mandanten "sauber zu halten", indem er den Assistenten zu einem geradezu

grotesk wirkenden Versuch überredete. Mit Hilfe eines Hohmannhebels und einer Papierserviette sollte der Assistent den von ihm beobachteten Abrutscher nachahmen. Sinn und Zweck dieses Unternenmens, der Assistent sollte sich dabei so lächerlich machen, daß ihm keiner mehr Glauben schenken würde.
Den Japaner konnte niemand fragen, er weilte schon wieder in seiner Heimat. Von dort aus hatte er seinem Verteidiger alle Vollmachten erteilt. In Briefen auf Japanisch. Die Anklage behauptete sogar, daß Prof. Fujimaki nahezu kein Wort Deutsch sprechen konnte.
Nach über sechs Stunden Verhandlung war immer noch keine Ordnung in dem Geschehen zu erkennen. Trotz OP-Bericht und Anästhesieprotokoll konnte eine 3/4-Stunde der OP nicht rekonstruiert werden. Alle Beteiligten lenkten ab oder hüllten sich in Schweigen. Das Abschlußplädoyer beider Seiten war dann zwar jedes auf seine Art nochmals anhörenswert, aber da selbst der anklagende Staatsanwalt schon für einen Freispruch aller plädierte, war das Urteil quasi schon vorausgenommen.
Und so kam es dann auch:
Das Gericht räumte zwar ein, daß hier eindeutig ein "Kunstfehler" passiert sei, durch die Verhandlung aber nicht nachzuweisen sei, wem dieser Fehler unterlaufen sei. Dadurch hat die Patientin zwar Anspruch auf eine Entschädigung, diese wird aber vom Land, sprich vom Steuerzahler getragen.
Alle Beteiligten wurden freigesprochen.
Zurück blieb wohl ein flaues Gefühl in der Magengegend auf allen Seiten.
Wie heißt es so schön im Volksmund:
Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus!

Als Operateur wirkte Prof. Fujimaki, der erst sehr kurz in Deutschland verweilte und gerade dabei war, sich auf der Station einzuarbeiten. Und während der Operation passierte es dann:
Beim Ansetzen eines "Hohmann-Hebels" rutschte einer der Beteiligten aus, und das Instrument verletzte die Vena femoralis der Patientin. Nachdem Prof. Fujimaki mit der dadurch entstandenen Blutung nicht fertig wurde, rief er Prof. Henßge in den OP. Dieser hat dann wahrscheinlich, nach dem Artikel von Prof. Hackethal, bei der Darstellung der Vene diese nochmals deart verletzt, daß der konsiliarisch herangezogene Gefäßchirurg eine Anastomose nicht mehr durchführen konnte. Es blieb nur noch eine Ligatur übrig.
Die Patientin fand sich dann nach weit über zweistündiger OP in ihrem Zimmer wieder, und die Ärzte, selbst der Professor, ließen sich nun plötzlich auffallend oft bei ihr sehen.
Nach ein paar Tagen hatte sich dann eine weitgehende Stase im linken Bein entwickelt, der venöse Abfluß des Blutes war nicht gewährleistet. Prof. Henßge eröffnete der Patientin, daß ihr Bein amputiert werden müsse. Als Erklärung wurde sie auf ihren angeblich so schlechten Gefäßzustand hingewiesen.
Von nunan war die Patientin an den Rollstuhl gefesselt, denn trotz Prothese konnte sie wegen unsagbarer Schmerzen nicht laufen, denn ihr fehlte ja das Hüftgelenk, das bei der abgebrochenen OP noch nicht durch einen künstlichen Ersatz ausgewechselt worden war.

Nun versuchte die arme Frau wenigstens durch das Gericht einen angemessenen finanziellen Ausgleich für den an ihr entstandenen Schaden zu erlangen.

Als einen Gegensatz zur Akupunktur präsentierte Dr. Ascher aus Zürich seine Methode der schmerzlosen Operation den Teilnehmern eines internationalen Symposions.



Deutschland - Deine Ärzte!

Deutschland - deine Ärzte!

Beim erstmaligen Lesen des obenstehenden "Welt"-Artikels war mir nicht ganz klar, ob es sich um einen verspäteten Aprilscherz der Deutschen Ärztekammer handelt oder nicht: einfach unfaßbar, daß mit der Selbstbeteiligung das Rad der mühsam erreichten sozialen Sicherung um Jahrzehnte zurückgedreht werden soll.
Oder ist es etwa als Fortschritt anzusehen, wenn dem "Volk", das sowieso schon hohe Krankenkassenbeiträge leistet, jetzt auch noch zusätzlich und ganz privat aus Gründen der "Erhaltung des ärztlichen Besitzstandes" geschröpft werden soll?
Ist es denn tatsächlich ein Schritt nach vorn, wenn Zustände wie im weitgehend privaten amerikanischen Gesundheitswesen entstehen, wo weite Teile der Bevölkerung medizinisch unterversorgt sind, weil sie kein Geld für die Privatversicherung aufbringen und sich daher eine Krankheit als Katastrophe, als Ruin auswirkt?
Die Argumentation des Vorstandes der Deutschen Ärztekammer erscheint höchst fragwürdig; allein sinkende Patientenzahlen beweisen doch überhaupt nichts, denn

1. die Ärzteeinkommen stiegen auch in den vergangenen Jahren überproportional, obwohl sich die Mediziner-Zahl fast verdoppelte und sich die Patientenzahl pro Arzt rein rechnerisch verringerte
2. heute werden mehr Dauerbehandlungen der chronisch Kranken erforderlich, d.h. das Krankheitsspektrum hat sich gewandelt
3. man bemüht sich heute mehr um Prophylaxe und betreibt Vorsorgeuntersuchungen in stärkerem Maße.

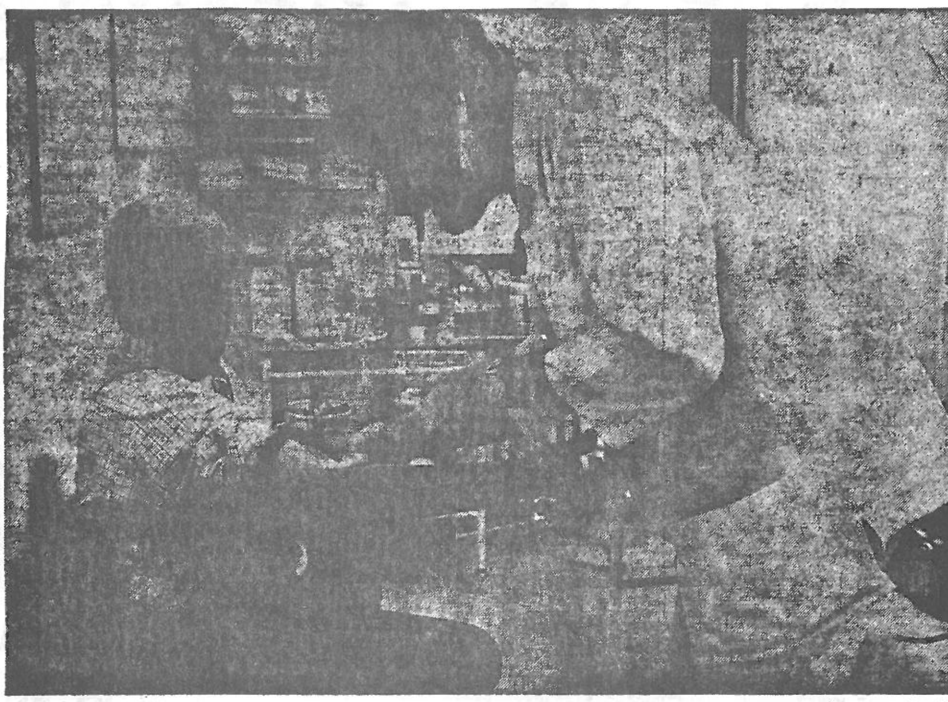
Von den weiteren Begründungen für eine Selbstbeteiligung ist eine lächerlicher als die andere (angeblich stärkere Mitwirkung des Patienten am Heilungsprozeß; "bessere" Arzt-Patient-Beziehung).
Mit dem "Blauen Papier" erweckt der Ärztetag den peinlichen Eindruck, er sorge sich weniger um das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung als um kleinkarierte und kurzsichtige Beutelschneiderei um jeden Preis. Die finanzielle Situation im Gesundheitswesen hat sich in den letzten Jahren schon genug zugespitzt: die Belastung der Krankenkassen läßt kaum noch eine Steigerung zu, deshalb kommt es nicht von ungefähr, daß jetzt erwogen wird, die am schwächsten organisierte Gruppe - nämlich die Patienten - nach allen Regeln der "ärztlichen Kunst" auszunehmen.



Am Montag, dem 12. Mai 1980 trifft sich die Alternative-Medizin-AG um 19³⁰ Uhr in der Mensa!

Die WELT

Mo, 21,4,



Die Ärzte haben Angst, daß sie in der Praxis immer weniger Patienten zu behandeln haben und damit Sorge um ihr Einkommen haben müssen: Statt 785 (im Jahre 1960) müssen sich heute 520 Bürger statistisch einen Arzt teilen.

FOTO: WOLFGANG STECHE

Im „Blauen Papier“ der Ärzte steckt Sprengstoff. Er heißt „Selbstbeteiligung“

PETER JENTSCH, Bonn

Für das Auskommen mit ihrem Einkommen sehen Deutschlands Ärzte schwarz. Und so schielen sie auf die Schweiz. Dort hängt in jeder Praxis ein Schild, mit etwa folgender Aufschrift: „Die Behandlung erfolgt auf Krankenschein, kostet aber 20 Franken extra.“ Oder 40 Franken, oder 100 Franken. Bei den Schweizer Kollegen also klingelt's unmittelbar in der Kasse, wenn's an der Tür läutet. Warum nicht auch bei uns, fragt sich die Bundesärztekammer.

Immer weniger Patienten

Immer mehr Mediziner drängen in die Praxis, jeder einzelne niedergelassene Arzt hat immer weniger Patienten zu versorgen. Heute kommen etwa 520 Einwohner auf einen Arzt, 1960 verdiente er noch an 703 Bürgern, 1990, so Hochrechnungen, muß er sich mit 462 potentiellen Patienten auf Krankenscheinen begnügen. Erschwerend kommt hinzu: Unter dem Kostendruck im Medizinbetrieb haben die Krankenkassen mit kräftiger Unterstützung des Bundesarbeitsministers eine Formel gefunden, die auch langfristig ihre Kosten in Grenzen zu halten vermag — und damit auch Arzthonorare und Versichertenbeiträge: Die „einnahmeorientierte Ausgabenpolitik“, die schließlich auch jede Hausfrau beachten muß.

In dieser Situation erinnerte sich der Vorstand der Bundesärztekammer an die Schweizer Kollegen und an die späten fünfziger Jahre. Damals hatte Bundesarbeitsminister Theo Blank (CDU) im Zuge seiner Sozialreform versucht, die Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankheitskosten einzuführen. Blank war gescheitert — am Widerstand der Ärzte. Er trat zurück.

Eben diesen alten Blank-Plan will die Bundesärztekammer jetzt den Delegierten des 83. Deutschen Ärztetages (13. bis 17. Mai in Berlin) präsentieren. Der WELT liegt das sogenannte „Blaue Papier“ vor, das die „gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der deutschen Ärzteschaft“ enthält, und das den Delegierten des Ärztetages wegen der Brisanz erst in dieser Woche, knapp vierzehn Tage vor dem Ärztetag, zugestellt werden soll.

Versteckt auf Seite 11 des „Blauen Papiers“ läßt da die Bundesärztekammer die Katze aus dem Sack: „Ohne das Bewußtsein eigener Verantwortung, auch für den Umfang der in Anspruch genommenen Leistungen, können solidere und soziale Leistungen auf Dauer nicht finanziert werden.“ Und damit natürlich auch nicht die Arzthonorare.

Und weiter heißt es: „Das gegenwärtige System der gesetzlichen Krankenversicherung ist durch das ‚Alles-oder-nichts-Prinzip‘ gekennzeichnet. Der Versicherte erhält entweder alle Versicherungsleistungen auf Krankenschein ... oder er ist auf eine private Versicherung seines Krankheitsrisikos angewiesen ... Derartige Versorgungssysteme eignen sich nicht, die Eigenverantwortung des Bürgers für seine eigene Gesundheit zu stärken und zu erhalten ... Für ihre Erhaltung und Wiederherstellung ist jeder zuerst selbst zuständig.“

Konsequenterweise fordert die Bundesärztekammer (vorsichtig) also den Einstieg in die Selbstbeteiligung: „Selbstbeteiligungsmodelle sollten zunächst auf gesetzlicher Grundlage als Wahltarife mit entsprechend ermäßigtem Beitragssatz angeboten werden.“

Appell an die Verantwortung

Vorsicht ist dabei in der Tat das Gebot; denn, so das „Blaue Papier“ (Seite 13): „Die Einführung einer Selbstbeteiligung würde zwar, wie die Erfahrungen aus anderen Ländern mit Selbstbeteiligungssystemen zeigen, keine Garantie für eine Verringerung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen geben, sie würden aber deren Aufgaben und Ziele durch die Mobilisierung individueller Verantwortung ergänzen.“

Die „Verantwortung“ also sollen die Patienten bezahlen? Mitnichten: Die Bundesärztekammer findet bessere Begründungen für das Mittel, das ärztlichen Besitzstand auch in Zukunft garantieren soll, etwa folgende:

- „Mit der Einführung der Selbstbeteiligung wird die notwendige Beziehung der persönlichen Inanspruchnahme aus eigener Entscheidung und erbrachter Leistungen wiederhergestellt.“
- „Die Ablehnung des erforderlichen Kostenumfangs im Krankheitsfall kann unter Mitwirkung der Versicherten erfolgen.“
- „Eine direkte Beteiligung an den Kosten einer Heilbehandlung ist, wenn sie im Rahmen des sozial Zumutbaren bleibt, auch geeignet, die stärkere Mitwirkung des Patienten am Heilungsprozeß anzuregen.“
- „Die Notwendigkeit, selbst Konsumverzicht im Krankheitsfall für sich und für erwachsene Mitversicherte leisten zu müssen, ist geeignet, gesundheitsschädigendem Verhalten entgegenzuwirken.“

Letzte Zweifler beruhigt

Und um auch den letzten Zweifler unter den Delegierten des Ärztetages von der guten Sache zu überzeugen, argumentiert die Bundesärztekammer gesellschaftspolitisch: „Durch die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland muß ... die Vielgestaltigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen von innen her gesichert und die Verantwortung des einzelnen Bürgers für sich selbst und die Gemeinschaft gestärkt werden.“

Weil dies nicht ausreichend erscheint, wollen die Ärzte sich weitere Pfründe sichern: Die Privatpatienten, und hier besonders die älteren Leute. Dazu heißt es im „blauen Papier“: „Die privaten Krankenversicherungen müssen in die Lage versetzt werden, ihren langjährigen Versicherten auch im Alter unter den Bedingungen reduzierter Einkünfte einen ausreichenden Versicherungsschutz zu bieten.“ Dazu sollen die privaten Versicherungen „erhöhte Altersrückstellungen“ vornehmen und sie für die „altersbedingt steigenden Risiken“ einsetzen.

ÄRZTEKONGRESS UEBER RADIOAKTIVE NIEDRIG-STRAHLUNG

Eine Hamburger Leserin berichtet (der Zeitschrift "Forum")



Hamburg ist rings umgeben von 4 im Bau befindlichen bzw. schon betriebenen Atomkraftwerken (Stade, Brunsbüttel, Krümmel, Brokdorf). Für deren Stillegung lief diesen Sommer eine Anzeigenaktion, an der sich überraschend 425 Hamburger Ärzte beteiligten! Die Initiatoren haben nun am 3.11. zu einer Fortbildungsveranstaltung mit international bekannten Referenten zum Thema radioaktive Niedrigstrahlung eingeladen, über die ich Euch berichten will.

Anlaß war die Empfehlung der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP), die zulässigen Emissionswerte von Kernkraftwerken - bezogen auf die Organbelastung - drastisch zu erhöhen. Unter Konstanthaltung eines Gesamtwertes von 5 rem jährlich für Atomarbeiter (o,17 rem gelten für die übrige Bevölkerung) sollen die Dosisgrenzwerte für einzelne Organe um das 3 - 8 fache angehoben werden, und zwar für

- Gonaden	von 5 auf 2o rem
- Brüste	von 15 auf 32 rem
- Blutbildendes Knochenmark	von 5 auf 42 rem
- Lunge	von 15 auf 42 rem
- Schilddrüse und Skelett	von 3o auf 167 rem.

(rem ist die biologisch wirksame Dosis pro kg bestrahltes Gewebe)

Heute noch wird wider Wissen in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als gebe es einen Schwellenwert, unterhalb dessen radioaktive Strahlung unschädlich sei. Dabei geht sogar der ehemalige ICRP-Präsident Dr. Morgan von einem zusätzlichen Krebstoten pro 1000 mit 1 rem bestrahlten Personen aus. Viele Studien haben inzwischen einwandfrei bewiesen, daß eine Proportionalität zwischen Dosis und Schaden besteht, und daß die Wirkung von Niedrigstrahlung kumuliert. Infolgedessen weichen die Experten vom ICRP auf Rechtfertigungsversuche aus: Zwar gebe es für beruflich strahlenexponierte Personen ein höheres Krebsrisiko, aber andere Industriezweige seien auch riskant, schließlich werde eine Rate von 5o Toten pro Million und Jahr ja offenbar "von der Gesellschaft toleriert" und sei daher zumutbar. Im Gegenteil, die Atomindustrie stehe sogar besser da als Branchen, wo viele tödliche Unfälle passieren; Wegen der langen Latenzzeit der strahleninduzierten Tumoren sei ja die Zahl der <u>verlorenen Lebensjahre</u> sogar <u>geringer!</u>
Soweit nur als Einstieg ...



Zum Kongreß waren über 4oo Ärzte, Medizinstudenten und interessierte Laien gekommen, um medizinische Argumente gegen radioaktive Niedrigstrahlung zu "tanken". Wir wollten nicht nur mit "Harrisburg" argumentieren, sondern auch die Gefährlichkeit eines AKW im Normalbetrieb beweisen können.
Hierzu gab es Vorträge von den Bremer Professoren Bätjer und Frau Schmitz-Feuerhake, Dr. Alice Stewart und Dr. Kneale aus England, Dr. Rosalie Bertell aus den USA sowie 2 süddeutschen Wissenschaftlern. Einiges davon will ich Euch jetzt wiedergeben. Für den Neuling in diesen Fragen - mich eingeschlossen - waren v.a. die physikalischen Diagramme und Tabellen recht schwer verständlich. Dafür gab es umfangreiches schriftliches Material aus Vorträgen mit nach Hause.

<u>Frau Schmitz-Feuerhake</u> nannte zunächst einige Daten:

Natürliche Strahlung:	o,1 rem/Jahr
Röntgendiagnostik:	o,o1 - 1o rem/Röntgenaufnahme
Innerhalb von Tagen zum Tode führende Ganzkörperdosis:	5oo rem.

Alles unter 5o rem gelte als "Niedrigdosisbereich". Das Problem bei dessen Erforschung sei 1. die lange Latenzzeit der Schäden, 2. daß keine neuen Krebsarten entstehen, so daß sich die künstlichen Schäden von den sowieso vorkommenden Krebsarten schwer abgrenzen lassen. Deshalb müßten in die Untersuchung die Auswirkungen größerer Strahlungsdosen einbezogen werden. Gut untersucht sei die Dosis-Wirkungskurve bei Brust-, Lungen-, Schilddrüsen und Parotis-Karzinom sowie bei Leukämie. Letztere sei wegen ihrer kurzen Latenzzeit am besten erforscht.

- 4 große Studien untersuchten das Leukämierisiko bei diagnostischen Röntgenbestrahlungen, zuletzt 1978 eine russische: Sie ergibt, daß bei Bestrahlung des Oberkörpers das Risiko für chronische myeloische Leukämie für Männer bei elf und mehr Untersuchungen 2,2 mal so groß ist wie bei weniger als elf Untersuchungen.
- Leukämie trat vermehrt auf bei über 2ooo Soldaten, die Atombomben-Tests in der Nevada-Wüste zu beobachten hatten, sowie bei der von den Tests betroffenen Bevölkerung in Utah.
- Eindeutig erhöht war auch die Leukämierate bei Werftarbeitern, die Atom-U-Boote reparierten.

Frau Stewart und Mitarbeiter hatten schon 1956 eine Untersuchung über Krebs im Kindesalter nach diagnostischer Röntgenbestrahlung im Mutterleib veröffentlicht. In Hamburg berichtete sie über die bisherige verfälschende Interpretation der Atombombenschäden in Hiroshima und Nagasaki:

- Die US-Statistik berücksichtige nur die Todesopfer ab 1950, dabei starben nach den 67 000 Opfern des ersten Tages weitere 77 000 noch vor 1950 in Nagasaki. Ausgewertet wurden nur die 70 Seq zwischen 1951 und 74 gestorbenen. So werden die Leukämieopfer viel zu niedrig angesetzt, weil die meisten mit akuter Leukämie schon in den ersten 5 Jahren verstorben waren. Hinzu kommt, daß diejenigen, die überlebten, ohnehin einer Bevölkerungsgruppe mit überdurchschnittlichen Abwehrkräften zugehörten.
- Außerdem wurde von den USA nur die Strahlung von außen untersucht, nicht die über eingeatmeten Staub inkorporierte. Dabei wirken sich gerade die strahlenden Partikel im Körper verheerend aus.
- Genetische Schäden wurden schlichtweg geleugnet. Und zwar weil 1. nur Hasenscharten u.ä., nicht aber die Induktion z.B. von Stoffwechselstörungen wie Diabetes erforscht wurden, 2. rezessive Erbschäden angeblich zu vernachlässigen seien!

Frau Stewarts Mitarbeiter Dr. Kneale berichtete von ihrer sog. HANFORD-Studie von 1977:
Sie hatten bei fast 35 000 Beschäftigten der amerikanischen Atomwaffenfabrik Hanford zwischen 1944 und 1972 die Todesursachen untersucht. Die an Krebs verstorbenen teilten sie in 2 Gruppen ein: nach den Krebsarten, die offiziell als durch Strahlen induzierbar anerkannt waren und den übrigen Krebsfällen. In der ersten Gruppe ergab sich eine eindeutige Proportionalität zwischen der individuellen Strahlendosis und den Krebserkrankungen.- Die Durchschnittsdosis für alle Hanford-Arbeiter von 1 rad/Jahr ergab für alle Krebsarten einen Risikoanstieg von 26%!
(rad ist Maßeinheit für die von der Strahlung pro kg Gewebe abgegebene Energie)



Frau Dr. Bertell berichtete über eine Studie, in der 13 Millionen Menschen in 3 amerikanischen Bundesstaaten erfaßt und eine Abhängigkeit der Leukämierate von der Häufigkeit diagnostischer Röntgenuntersuchungen in den Jahren vor Auftreten der Erkrankung gefunden wird. Dabei fand sie, daß die Strahlung die Gefahr auch anderer Erkrankungen erhöht, und zwar durch eine Beschleunigung des Alterungsprozesses. (Man geht dabei von einer Alterung um 1 Jahr pro 1 rad aus, was ungefähr einer großen Unterleibs- oder Rückgratdurchleuchtung entspricht.)

Frau Bertell beantwortete außerdem viele Fragen der Anwesenden zu Harrisburg, wo sie einer beratenden Bürgergruppe angehörte.

Zuletzt sprachen noch Dr. Franke und Dr. Krüger, die sich v.a. mit der radioaktiven Anreicherung in der Nahrungskette bzw. konkret mit deutschen Atomkraftwerken beschäftigt hatten.

Sehr wichtig fand ich die abschließende Arbeitsgruppe (eine unter mehreren) zur Frage der Therapierbarkeit von Strahlenschäden.
Hier kann ich nur einige haarsträubende Einzelheiten aufschreiben, empfehle jedoch die Lektüre des medizinischen Katastrophenplans der Karlsruher Kernforschungsanlage! Hier stellt man sich einen Super-Gau so vor:
Erste Hilfe-Stationen 10 km vom Unfallort sollen in 24 Stunden 1000 verseuchte Patienten durchschleusen, d.h. in insgesamt pro Person 15 Minuten
- die Kontamination messen
- kontaminierte Kleidung ausziehen
- gründlich 3 Minuten (!) duschen
- erneut messen
- frisch einkleiden
- nach Verseuchungsgrad einteilen und weiterleiten.

Hinzu kommt noch gegebenenfalls chirurgische Erstversorgung bzw. Schocktherapie, Verabreichung von Jodtabletten oder Bariumsulfat (zur Bindung des radioaktiven Strontium), Laxantien, Rachen- oder Magenspülung. Und das ganze mit einem Personalbestand von 2 Ärzten und 30 Hilfskräften! Abgesehen davon, daß selbst eine solche lächerliche "Erstversorgung" völlig unrealistisch für alle Betroffenen wäre, erfuhren wir, daß eine medikamentöse "Dekorporation" von bereits in den Körper aufgenommenem Jod nur innerhalb kürzester Zeit wirkungsvoll möglich ist (da bereits in Schilddrüsenhormon eingebautes radioaktives Jod nicht mehr verdrängt werden kann). Chelatbildner zur Bindung von Strontium im Blut hätte sogar nur bei Zufuhr vor (!) der Verseuchung einen Sinn! Und eine Bindung von noch im Darmtrakt befindlichem Strontium mithilfe von Bariumsulfat geht nur innerhalb einer Stunde, da sonst das radioaktive Material bereits resorbiert ist.

In dieser Diskussion wurde uns klar,
daß wir im Falle eines Unfalls als Ärzte völlig machtlos wären. Das einzige, was hier medizinisch hilft, ist die Vorbeugung, und deshalb müssen wir auch als Ärzte die Stillegung der Atomkraftwerke fordern. Ein Zweckoptimismus, wie im Deutschen Ärzteblatt 14/79 und in SELECTA 21/79 bezüglich der angeblich möglichen ärztlichen Hilfe beim Super-Gau zur Schau gestellt, zeugt von bodenloser Verantwortungslosigkeit!
Wenn Ihr Unterlagen haben wollt, oder zur medizinischen Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen wollt, könnt Ihr Euch an die "Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie" wenden, c/o Eberhard Weber, Waterloostr. 42, 2 Hamburg 50, Tel. 040/439 03 06



Betrifft: Gyn-Praktikum/Internat

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß im Gyn-Praktikum nicht alles so optimal läuft, wie wir es uns vorstellen. Jeder bespricht seine anfallenden Probleme mit den einzelnen Assistenten, aber es ist wohl kaum möglich, dadurch eine tatsächliche Verbesserung zu erreichen.
Wir möchten uns deshalb mit Euch zusammensetzen und darüber reden, welche Erfahrungen Ihr gemacht habt, was Euch mißfallen hat. Uns geht es im prinzip um folgende wichtige Punkte:

1) Die Ausbildungssituation an sich: es findet sich keiner, der uns praktisches Wissen vermittelt, wir laufen nebenbei mit. Keiner ist auf den Stationen oder im OP auf unsere Ausbildung vorbereitet.
2) Ist es wirklich notwendig, <u>JEDE</u> Nacht in der Klinik zu bleiben?
3) Was habt Ihr für Eindrücke über die Patientinnenbetreuung gesammelt? Wir wären nicht gern Patientin dort gewesen.

Wir halten einen Erfahrungsaustausch für unbedingt notwendig, um gemeinsame Vorstellungen zur Verbesserung ders Praktikums auszuarbeiten.
Wir bitten Euch deshalb zu einem Treffen am 19.5.80 um 18⁰⁰ h in die kleine Mensa.
Eine gute Ausbildung muß auch in Euerm Interesse liegen, deshalb kommt alle!!!!!!!

19.5.80, 18⁰⁰

WICHTIG! WICHTIG!

Die psychotherapeutische Beratungsstelle für Studenten ist ein Angebot der Klinik für Psychiatrie, das sich an <u>alle</u> Studierenden in Lübeck richtet. Eine Studienfachberatung findet nicht statt. Das wird im Moment noch Sache der einzelnen Fachhochschulen und Hochschulen selbst sein.
Vielmehr bezieht sich das Beratungs- und Therapieangebot auf Krisen während des Studiums, die der Betroffene z.B. als massive Arbeits- oderBeziehungsstörung erleidet.

In vielen Fällen werden die Ratsuchenden nach einigen Kontakten ihre Schwierigkeiten wieder aus eigener Kraft meistern können. Wenn jedoch deutlich wird, daß eine längerdauernde Psychotherapie nötig ist, steht den Studenten die Teilnahme an einer Gruppenpsychotherapie offen. Langandauernde Einzeltherapien gehören nur in Ausnahmefällen zum Angebot der Beratungsstelle. P. Bruhn
Diplom-Psychologe

Die Anschrift der Beratungsstelle lautet:

Psychotherapeutische Beratungsstelle
für Studenten
Klinik für Psychiatrie
der Medizinischen Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
Haus 25d, Zimmer 26
Tel.: 500(1),Durchwahl App. 2337 od. 2916
Sprechstunde dienstags von 15.00 -17.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kaktus und Korsetthaken füllten den Teekessel

Um unserem "einfallsreichen Alexander" zu einem noch größeren Bekanntheitsgrad zu verhelfen, drucken wir nachfolgend einen Presseartikel aus der LN vom So. 27.4. ab. Wir meinen, daß dieser "muntere Mediziner" sich um das Ansehen des Standes verdient gemacht hat ...

Mit einem Teekessel in der Hand wanderte der Medizinstudent Alexander Maassen durch 38 Lübecker Geschäfte und bat um eine Gabe, um den blanken Topf füllen zu können: „Ich hätte von Ihnen gern einen Artikel, der sich gar nicht verkaufen läßt oder besonders scheußlich ist".

Der Rheinländer Maassen — befangen in dem Vorurteil, daß Norddeutsche stur und bar jeden Humors seien — wurde angenehm überrascht: „Die Verkäufer waren zuerst erstaunt, lachten dann herzlich, riefen ihre Kollegen und kramten alles Mögliche zusammen".

Zum Hintergrund der Teekessel-Aktion: Der Student wollte seinem Freund Joachim Quetz, der in Kiel Medizin studiert, zum Geburtstag etwas Nützliches schenken: „Der Junge hat nur einen riesigen 40-Liter-Zuber, in dem er sich sein Kaffeewasser kochen muß. Nur den Kessel zu schenken, fand ich einfallslos — dann hatte ich die Idee mit der Tand-Füllung".

In jedem Geschäft, in jedem Kaufhaus erzählte Maassen von seinem originellen Vorhaben und hatte Erfolg — auch mit der Bitte, nur etwas zu schenken, das durch die Tülle des Kessels paßt. So suchten heitere Verkäuferinnen in einer Kosmetikabteilung einen lila Lippenstift („echter Ladenhüter") heraus, Kosmetikpinsel und Probetuben.

Fündig wurde der 25jährige Student überall. Der blecherne Bauch des Geschenkes füllte sich mit kuriosem Sammelsurium: Sicherheitsnadeln, Schrauben, Blumenzwiebeln, Schreibmaschinetypen, Trompetenteilen, Schneiderkreide, Wollknäuel, Brillenglas, Zigarren, einer alten Armbanduhr, einem Fünf-Kronen-Stück, Teilen von Oboe und Klarinette, Geigensteg, Pfeifenstopfer, Püppchen, Knopfbatterien, Trillerpfeife, Mini-Elefant, Porzellanhund und vielem anderem mehr (insgesamt 136 Teile).

Auf einige Beutestücke ist der muntere Mediziner besonders stolz: Ein Paar monströse Manschettenknöpfe mit Perlmutteinlage, ein Fläschchen Vital-Brennesseltonikum „für den Mann" (aus dem Reformhaus), zwölf Korsetthaken und einen roten Kaktuskopf. Die gewichtige Geburtstagsgabe wird statt mit einer Tülle mit einer Filmdose verschlossen. Inhalt: Ein „ganz schreckliches und verwakkeltes Foto" vom einfallsreichen Alexander. BIS



Alexander Maassen freut sich: Filialleiter Erich Kühl schenkt ihm Lollies für den Teekessel. (Foto: Marwitzky)

A.M. (re) im weißen Kittel! (die Red.)

... und empfehlen deshalb weiterhin ihm oder seiner public relations-Abteilung seine pressereife Aktion auch in einer bundesweiten Zeitschrift zu publizieren. In der renommierten "Titanic" findet sich beispielsweise eine "Rangliste der 10 peinlichsten Persönlichkeiten des Monats". Wir räumen Dir, lieber Alexander, gute Chancen ein und drücken Dir ganz, ganz fest die Däumchen. Weiter so!

Was wir über Franz-Jos[e]f wissen!

Geboren wurde er am 6.9.15 in München als Sohn des Metzgermeisters Franz-Josef Strauß und seiner Frau Walburga. Auf Empfehlung des Theologen Prof. Zellinger, bei dem er ministriert hatte, kam er an die bayr. Eliteschule Maximilianeum. Vor den Augen seiner gut betuchten Mitschüler bestand er durch herrausragende Leistungen. Unter der beschützenden Handseines Befürworters Zellinger machte er 1935 das beste bayr. Abitur und bekam ein Hochschulstipendium. Obwohl er in einer Zeit studierte, in der die NAZIs ihr wahres Gesicht zeigten, war Strauß politisch nicht engagiert, Vom Anfang des Krieges an wurde er erst an der Westfront, dann an der Ostfront eingestzt. Aus Stalingrad wurde er wegen Erfrierungen ausgeflogen und kam dann zur Luftwaffen-Flak-Schule in Altenstadt bei Schongau. Bis zum Kriegsende war er als Oberleutnant "Offizier für wehrgeistige Führung "mit der Aufgabe, NS-Gedankengut einprägsam zu vermitteln. Die Auswahl von geeigneten Kandidaten für diesen Posten erforderte nach den Richtlinien der NSDAP "bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten". Außerdem war er vorher schon Mitglied im nationalsozialistischen Studentenbund (ein Muß für jeden Stipendiaten) und zusätzlich weltanschaulicher Referent im NS-Kraftfahrerkorps, wofür einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten ausgewählt wurden. Sein bisher nicht in Frage gestelltes NS-Gedankengut änderte sich in den letzten Wochen vor Kriegsende, so daß er sich selbst (gefälschte) Entlassungspapiere ausstellte. Der Schwindel flog zwar auf, aber er kam um eine Kriegsgefangenschaft herum. Seine guten Englischkenntnisse waren Grundlage für gute Beziehungen zu den amerikanischen Besatzern, wo er als Dolmetscher schon bald eine Schlüsselrolle einnahm. Noch 1945 war der ehemalige Nazi-Offizier geschäftsführender Vorsitzender des Spruchausschusses des Vollzugsorgans der der Besatzer, welches "Persilscheine " für Nazi-Vergangenheiten ausstellte.

Im Herbst 1945 war er Gründungsmitglied der CSU, von 45-49 erst stellvertretender, dann 2x gewählter Landrat. 1946 kam er in den Landesvorstand der CSU und hatte einen Platz im Fraktionsvorstand der CDU/CSU. Nachdem die Bayernpartei ausgeschaltet war, hatte die CSU nach der 2. Bundeatagswahl 1953 mit 52 Abgeordneten so viel Gewicht erlangt, daß er für sich einen Ministerposten beanspruchen konnte. Er wurde Minister für Sonderaufgaben ohne Geschäftsbereich, dessen gesamter behördlicher Apparat aus Ermelinde Bauer, seiner Sekretärin, bestand. Nach einem einjährigen Zwischenspiel als Atomminister wirkte er durch Intrigen und stürzte den bisherigen Verteidigungsminister Theodor Blank und wurde selbst am 16.10.56 Verteidigungsminister.

Damit hatte 10 Jahre nach Kriegsende die BRD wieder eine Armee und diese mit Strauss einen Befürworter der atomaren Bewaffnung als obersten Dienstherrn. Strauss sollte bis 1962 Verteidigungsminister bleiben.

In diesen Zeitraum fallen alle seine großen Skandale und Affären. Als deren Höhepunkt im Herbst 62 die Spiegelaffäre, die ihn schließlich politisch unmöglich machte und ihn nach erwiesenen Lügen vor dem Parlament und Amtsmißbrauch zum Rücktritt zwang.

Zur Erinnerung wollen wir nochmal alle

Skandale aufzählen: Schützenpanzer HS 30 ((Verlust 2,5 Milliarden DM),1958 Ankauf des Starfighters (bisher 200 Abstürze und 10 Mill. DM Verlust),FIBAG-Affäre (skrupellose Empfehlungsschreiben für obsküre Wirtschafftsunternehmen).Als inzwischen in Vergessenheit geratene Ungereimtheiten wären hier noch zu nennen die "Dr. Deeg",BMW und "Onkel Alois" Affären.Krönender Abschluß dieser Karriere ist der Spiegel-Skandal,der wohl am deutlichsten zeigt,wie Strauß mit seinen politischen Gegnern umspringt.

Jedem anderen Politiker hätte so eine Skandalserie mit unzähligen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen das Genick für alle Zukunft gebrochen.

Nicht so F.J.S.,der seine Hausmacht in Bayern hat,dort bis 66 Landesvorsitzender der CSU blieb und dann als Finanzminister in die große Koalition eintrat.Ab 1969 war sein Ministerdasein durch die Bildung der XXXXX sozial-liberalen Koalition zwangsläufig beendet.

Die folgenden Jahre war er jedoch weiterhin recht (s) aktiv.

Umgetrieben von blinder Kommunistenfurcht, pflegt der Kanzlerkandidat der Christenunion Kontakte zu den Ultrarechten und Faschisten rund um die Welt -- nicht nur mit wohlfeilen Ratschlägen,nein,sondern auch mit Geld :zur Unterstützung spanischer und portugiesischer Reaktionäre läßt FJS Hunderttausende von DM fließen.

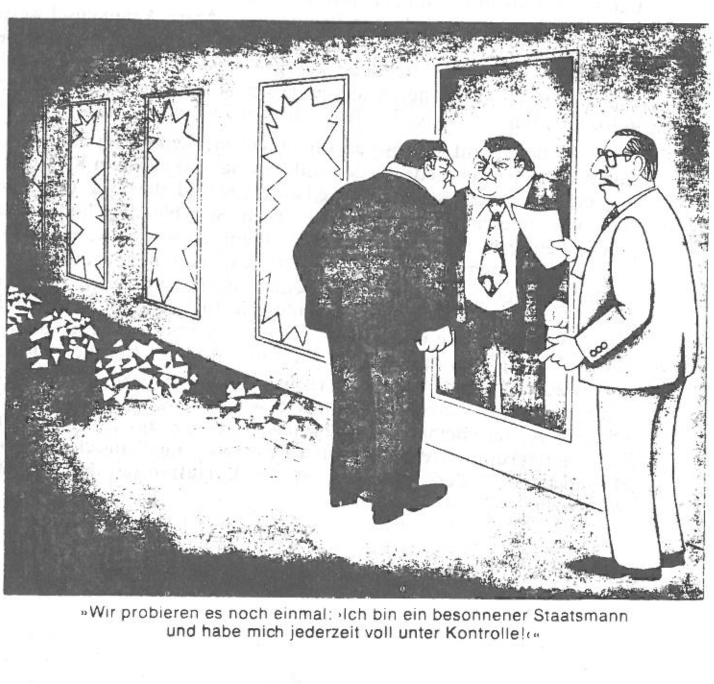
Auch in Frankreich und Italien stärkt er den Rechten den Rücken.Ganz besonders tut er sich hervor bei der türkischen "Partei der nationalistischen Bewegung" und deren Jugendorganisation der berüchtigten "Grauen Wölfe".Diese bekennen sich ausdrüklich zu Hitler und Mussolini als ihre geistigen Väter.

Wie allen bekannt ist,hat er auch beste Kontakte zum Pinochet-Regime in Chile. Ohne Scheu lobte FJS 1977 die blutige Diktatur:"Ich habr keinen Zweifel,daß Chile ein demokratisches und freies Land ist undvor allem,weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat:die Disziplin,den Respekt und die Hilfsbereitschaft.Sorgen sie dafür,daß die Freiheit in ihrem Lande erhalten bleibt.Arbeiten sie daran,daß Disziplin ,Fleiß,Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen,in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann: Ich bin ein freier Chilene! ".

Seine Innenpolitischen Aktivitäten in Richtung CDU konzentierten sich auf die geziehlte Demontage der jeweiligen Kanzlerkandidaten.An wen hat er wohl jedesmal als Alternative gedacht ?!

Wer weitere Informationen haben will, besorge es sich,---äähh?!.

...tat:
...es mich daran
...indert, Kassler
...u werden, den
...schlage ich mit
...ne Weißwurst"
...nngemä;3)



»Wir probieren es noch einmal: ›Ich bin ein besonnener Staatsmann und habe mich jederzeit voll unter Kontrolle!‹«

Abschaffung aller Hochsicherheitstrakts

Seit dem 5. März sind die gefangenen Frauen der RAF, Christine Kuby, Inga Hochstein, Anerose Reiche und die Gefangenen Brigitte Asdonk, die nach einem Hunger- und Durststreik wegen Lebensgefahr ins Krankenhaus-Süd und danach ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt worden waren, wieder in den Toten Trakt der Anstalt Lauerhof untergebracht.

Am 24. 1. 79 waren sie in den Hungerstreik getreten, um seih gegen Überfälle wie am 28. 11.79 und am 23. 1. 80 zu wehren. Am 23. 1. 8o sollten die 5 Frauen wieder einmal in andere Zellen innerhalb des Trakts verlegt werden. Als sie sich weigerten sich zu entkleiden fielen ca 20 männliche und weibliche Schließer über sie her, schlugen sie und rissen ihnen die Kleider vom Leib. eEs wurden sämtliche Arbeitsmaterialien beschlagnahmt und die Frauen wurden 5 Stunden lang ohne ärtzliche Versorgung in ihren Zellen liegengelassen. Als Begründung sagte die Sicherheitsinspektorin des Traktes Frau Hensch:,,das kennen sie doch von 77."

Noch am 5. 3. 80, dem Tag der Rückverlegung in den Lübecker Trakt, wurde den Frauen ein 7-Punkte-Plan von der Kieler Landesregierung vorgelegt.

1. Ziel der Vollzugsplanung ist es die Gefangenen in den allgemeinen Vollzug einzugliedern, soweit dem nicht unüberwindliche, in der Person der jeweiligen Gefangenen liegende Hindernisse entgegenstehen.

2. Die Gefangenen werden zunächst in Haus C untergebracht

3. Die Gefangenen Eckes und Reiche sollen mit ihrem Einverständnis nach einer Übergangszeit von etwa 2 Monaten in den allgemeinen Vollzug (HausE) verlegt werden. Die Verlegung der Gefangenen Asdonk, Hochstein und Kuby in das Haus E wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden.

4. Der Vollzug in Haus C wird im Sinne eines Wohngruppenvollzuges in der Weise nach innen geöffnet, daß die Hafträume tagüber von 8.00 - 18.00 Uhr geöffnet bleiben und eine erweiterte Nutzung des Hofes (z.B. für Sport) ermöglicht wird. In diesem Zeitraum wird auch Gelegenheit zu gmeinschaftlichem Fernsehen geboten.

5. Das Haus C soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind.

6. Weitere Einzelheiten der Vollzugsgestaltung, z.B. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen der Anstalt, Tragen eigener Kleidung, notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung, werden nach besonderer Erörterung mit den Gefangenen geregelt.

7. Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen Durchführung beizutragen.

Dieser Plan enthält aber nur eine einzige deutliche Hafterleichterung: Die Zellen innerhalb des Traktes sind von 8.00 bis 18.00 h geöffnet. Dennoch werten wir diese Verbesserung als einen kleinen Erfolg des Widerstandes der Frauen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt, als ein unmittelbares Ergebnis ihres Hunger- und Durststreikes und der zunehmenden Proteste in der Öffentlichkeit. So hatten Professoren, Ärzte, Krankenschwestern und Studenten der MHL sowie viele andere Lübecker Bürger in verschiedenen Schreiben an den Justizminister ihre Bedenken gegen den Hochsicherheitstrakt zum Ausdruck gebracht und eine Besichtigung des Sondertrakts im Gefängnis Lauerhof gefordert, um sich selbst ein Bild von den Zuständen machen zu können:

,,Die Frauen und genauso alle Gefangenen, die künftig in diesem Teil des Gefängnisses untergebracht werden sollen, sind also aus dem Kreislauf des Gefängnislebens ausgeschlossen... Diese Isolierung und alles, was damit verbunden ist, wie unter anderem geräuschisolierte Zellen, Sichtblenden, Fliegendraht, Mattglas an den Fenstern, Besuchsreduzierung, Trennscheibe bei Besuchen (Verhinderung von körperlichem und emotionellem Kontakt) nennt amnesty international ,,Weiße Folter". Wir halten die Bedingungen, unter denen die Gefangenen in diesem Teil des Gefängnisses leben müssen, für geeignet, sie durch die völlige soziale und sensorische Deprivation in extremer Form zu depersonalisieren und zu desorientieren, daß dadurch die Vitalsubstanz, der Kernbereich des Menschen, geschwächt bzw. zerstört wird." (zitiert aus einem offenen Brief an den Justizminister am 6.2.8o) Außerdem wendeten sich inzwischen gegen die Hochsicherheitstrakte u.a. der ehemalige Justizsenator Ulrich Klug, die Humanistische Union, die ,,Ärztegruppe Westberlin für eine bessere medizinische Versorgung in den Haftanstalten", der Anstaltsbeirat der U-Haftanstalt Moabit und die GEW Westberlin.

Der 7-Punkte-Plan ein Erfolg im Kampf gegen die Hochsicherheitstrakte.??

Bei dem jetzt vom Justizminister vorgelegten 7-Punkte-Plan bleibt allerdings fragwürdig, ob die versprochenen Hafterleichterungen tatsächlich realisiert werden und an welche Bedingungen sie geknüpft sind. Erinnert sei nur daran, daß bereits während des Aufenthaltes der Frauen im Lübecker Krankenhaus vom Sprecher des Justizministeriums Begemann den Frauen und deren Anwälten zugesichert wurde:

1. Die Frauen kommen nicht wieder in den Toten Trakt nach Lübeck.
2. Die Frauen werden vorübergehend nach Hamburg verlegt.
3. Über den endgültigen Aufenthalt wird innerhalb der nächsten 2 Wochen verhandelt.

An diese Versprechen fühlen sich die Verantwortlichen scheinbar nicht mehr gebunden.

Der nun vorgelegte 7-Punkte-Plan läßt eine willkürliche Interpretation und Anwendung seitens der Anstaltsleitung bzw. höherer verantwortlicher Stellen ohne weiteres zu. Was versteht der Justizminister unter möglichen „unüberwindlichen in der Person der jeweiligen Gefangenen liegenden Hindernissen", die einer Integration in den Normalvollzug entgegenstehen könnten (siehe Pkt. 1)? Wann und anhand welcher Kriterien soll „zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden", ob auch die Gefangenen Brigitte Asdonk, Inga Hochstein und Christine Kuby in den „allgemeinen Vollzug (Haus E) verlegt werden" (siehe Pkt. 3)? Weshalb ist überhaupt eine Aufspaltung der Gefangenen geplant, die zu einer noch schlimmeren Kleingruppenisolation – von dann nur drei Frauen – führen könnte? „Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen, mit dem GEsetz in Einklang stehenden Durchführung beizutragen." (Pkt. 7)

Noch deutlicher äußerte sich kürzlich Wolfgang Freise, stellvertretender Leiter der Gnaden- und Vollzugsabteilung im Justizministerium, anläßlich einer Trakt-Besichtigung durch mehrere Pressevertreter: „Der Vollzug kann Lockerungen nur gestatten, wenn zu erwarten ist, daß die Gefangenen bei den Maßnahmen *positiv* mitwirken." (zitiert nach „LN" vom 21.2.80)

Wir halten diese Gummi-Formulierungen für absolut unannehmbar, da sie jeder willkürlichen Interpretation Tor und Tür öffnen. Welche „Bereitschaft" der Gefangenen ist gemeint? Sollen sie z.B. nicht mehr gegen das Vorhandensein der Trennscheibe bei Knastbesuchen protestieren dürfen? Falls sie doch protestieren: Signalisieren sie damit „mangelnde Bereitschaft" zur „erfolgreichen Durchführung" des 7-Punkte-Programms?

Zerstörung der Identität der Gefangenen?

Auf der anderen Seite wird mit der versprochenen stufenweisen Integration in den „Normalvollzug" aber zugegeben, daß entgegen allen Beteuerungen von notwendiger Sicherheit keineswegs ein sachlicher Zwang zur Inhaftierung in einem Hochsicherheitstrakt besteht. Plötzlich erscheint selbst der Landesregierung ein „Normalvollzug" möglich. Warum dann überhaupt Hochsicherheitstrakte mit ihrem komplexen Überwachungssystem?

So wurde in Hamburg vor ca. 10 Tagen der Hochsicherheitsbereich mit einem sogenannte normalen Gefangenen belegt, dem vorgeworfen wird, einen Spitzel im Hamburger Gefängnis getötet zu haben. Einem Zweiten wurde die Verlegung in den Toten Trakt angedroht, wenn er weiterhin die Arbeit verweigere, eine unserer Meinung nach legitime Widerstandsform bei einem Tageslohn von DM 6,00. Der Westberliner Prof. Rasch hat wiederholt auf die physisch und psychisch schädigenden Auswirkungen der Isolationshaft hingewiesen: Konzentrationsstörungen, hochgradige Unruhe, emotionale Labilität, Reizbarkeit und halluzinatorische Phänomene, Schlafstörungen, Depressionen und vorverlagerter Alterungsprozeß. Nach einer Begehung des Hochsicherheitstraktes in Westberlin äußerte er, durch diesen „unmenschlicher Apparat" sei in keiner Weise eine interaktionsfähige Gruppe möglich.

Aus diesen Gründen sehen wir in den Hochsicherheitstrakten und der Isolationshaft Mittel zur „Weißen Folter". ai Schreibt in dem Bericht „Psychologie der Folter", warum Regierende zu solchen „Techniken" greifen:
„Die Psychofolter ist gerade jetzt „im Kommen", wo die Menschenrechtsbewegung erste Erfolge erzielt. Nachdem nämlich manchen Staaten Foltervorwürfe unangenehm geworden sind, weil sie außenpolitische Imageverluste zur Folge hatten, vollzog sich ein Wandel der Folterpraktiken... Das wichtigste Ziel psychologischer Foltertechniken ist, jene Spuren zu vermeiden, die durch körperliche Folter oft genug hinterlassen werden und die als Beweise für die Folterung dienen könnten. Ärztliche Untersuchungen – beispielsweise im Auftrag von ai vorgenommen – sollen möglichst wenig Chancen haben, den objektiven Nachweis physischer Mißhandlungen zu erbringen. Dies geschieht, um das Opfer willfährig zu machen, Informationen zu erpressen oder ganz einfach sein systemkonträres Einstellungssystem zu zerstören."

Die Schleswig-holsteinische Landesregierung reagierte offiziell auf Proteste und die Forderung nach der Begehung des Traktes durch fachlich qualifizierte Personen nicht. Stattdessen ließ sie in Lübeck nur eine Besichtigung des Traktes durch inkompetente Pressevertreter arrangieren, die prompt „keine unmenschlichen Haftbedingungen" (LN 21.2.80) entdecken konnten. Ist der 7-Punkte-Plan nun eine Wende in der Haltung der Landesregierung? Man muß genau hinsehen, um über die versprochenen Hafterleichterungen den Hasenfuß nicht zu übersehen: „Das Haus C (Toter Trakt) soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind." (Pkt. 5) Im Zusammenhang mit Pkt. 3 deutet sich somit die Möglichkeit an, daß ein Teil der 5 Frauen in den Normalvollzug integriert werden kann, während die übrigen zusammen mit anderen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt bleiben, was auf eine Aufspaltung der ohnehin schon kleinen Gruppe hinausliefe. Der Tote Trakt bleibt also trotz Proteste und 7-Punkte-Plan erhalten, ohne daß alle technisch vorgegebenen Möglichkeiten zur Isolierung der Gefangenen angewandt werden. Solange der Trakt aber erhalten bleibt, bedeutet das die Möglichkeit einer ständigen Belegung – auch durch nicht-politisch-motivierte Gefangene. Umso leichter fiele es den Verantwortlichen, unter entsprechenden Vorwänden alle Sicherheitsvorkehrungen im ständig belegten Trakt wieder anzuwenden, gar wieder in die bekannte Gangart des „Knastes im Knast" mit allen Schikanen zurückzufallen. Das können wir nicht hinnehmen!



Buchbesprechung

Humangenetik, von Jan Dieter Murken und Hartwig Cleve (mit 111 Prüfungsfragen), Enke Verlag 1979, 2. Auflage, DM 19,8o.
Das Buch Humangenetik aus der Enke Reihe zur AO liegt in 2.,um 7o Seiten erweiterten,Auflage vor. Der Aufbau entspricht dem der ersten Auflage, im Wesentlichen in Anlehnung an den Gegenstandskatalog. Inhaltlich deckt das Buch den GK voll ab. Zur Vorbereitung auf den 1.Teil des Staatsexamens ist das Buch ausreichend, obwohl auf 161 Seiten nur ein Überblick über die Probleme der Klinischen Genetik gegeben werden kann.

Zum Thema Arbeitsmedizin:

Gefahrenzone Betrieb

-- Jährlich passieren in der BRD etwa 2 Millionen Arbeitsunfälle ...
-- alle 16 Sekunden ein leichter, alle 8 Minuten ein schwerer, alle 2 Stunden ein tödlicher ...
-- nur die Hälfte der Bevölkerung erreicht arbeitend das Rentenalter, jährlich scheiden 3oo ooo Menschen durch Invalidität oder Tod aus dem Arbeitsleben aus.

Diese nüchternen Zahlen werden von Ernst Klee, Sozialpädagoge und freier Journalist, aufgegriffen und in seinem Buch

Gefahrenzone Betrieb, Fischer TB 19[illegible]
175 Seiten, DM 5,8o

analysiert.
Begriffe wie Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Frühinvalidität werden nicht nur arbeitsmedizinisch definiert, Klee versucht auch am Beispiel einzelner Biografien von Arbeitern zu schildern, was es für die Betroffenen und deren Familien bedeutet einen Arbeitsunfall zu erleiden oder in fortgeschrittenem Alter arbeitslos zu sein. Der Leser erfährt wie schwer es in der Praxis ist, eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt zu bekommen.
So wurde beispielsweise in einem Urteil des Bundessozialgerichtes festgestellt, daß Hilfsarbeiter keine Berufskrankheit erleiden können, denn die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters stelle keine berufliche Beschäftigung dar. Mit derartig fadenscheinigen Begründungen werden Renten abgelehnt und müssen Lohneinbußen in Kauf genommen werden.
Das Buch von Ernst Klee zeigt wichtige Aspekte der Arbeitsmedizin auf, die in Lehrbüchern für dieses Fach nicht in dieser Form zu finden sind. So wird darauf eingegangen, wie z.B. die MAK Werte (höchstzulässige Schadstoffkonzentrationen am Arbeitsplatz) festgelegt werden, aber auch die Problematik aufgezeigt, in der sich ein Werksarzt befindet, der einerseits eine Vertrauensperson für die abhängig Beschäftigten sein soll und andererseits vom Unternehmer bezahlt wird.

Gedanken zu einer neuen Frauenzeitung

Erotik und Umbruch
Zeitung zur Sexualität
Herausgegeben von der Sexualitäsgruppe
im Frauenzentrum Aachen
erhältlich am Büchertisch, in der
Alternative, Pressezentrum oder
bestellbar

Es hat eine Weile gedauert, bis ich mich entschloß, am AStA-Büchertisch diese Frauenzeitung zu kaufen. Eigentlich hatte ich schon längere Zeit geglaubt, daß es in meiner jetzigen Situation genügte, mich mit Fachliteratur und Tagespolitik zu beschäftigen und bezuglich der Frauenfrage mich aus dem heraus, was ich früher schon gelesen und erlebt hatte, nun ohne neues Lesen verhalten zu können und auch argumentieren zu können.
Durch das Lesen der Zeitung ist mir klar geworden, daß ich ganz schön auf der Stelle getreten bin.
In der täglichen Routine und Hast geht vieles wieder unter, was einem schon längst mal bewußt geworden ist und vor allem wird einem daran deutlich, daß es manchmal leichter sein kann, etwas theoretisch zu verstehen als es dann auch in die Tat umzusetzen. Letztlich entscheidend ist aber doch nur dasjenige, was man in die Tat umsetzen konnte.
Das positive an dieser Zeitung ist, daß ich mich beim Lesen zunächst einmal nur gefühlsmäßig betroffen fühlte und genau das hatte ich in letzter Zeit vernachlässigt. Ich war dazu übergegabgen, mich arbeits - mäßig- d.h. fachlich und politisch- derart zu überlasten, daß Gefühle haben und Gefühle zeigen sehr schwer geworden war. Ich hatte mich angepaßt an den "männlichen" Arbeitsstil und an das Dogma, mich ja nicht mehr von Männern ob ihrer fachlichen oder politischen "Überlegenheit" einschüchtern zu lassen.
Tatsächlich habe ich mich mehr einschüchtern lassen als ich es jemals von mir geglaubt hätte. Ich hatte mir immer vorgenommen, daß man als Frau in der Hochschule und der Politik so arbeiten können muß, daß die sogenannten "weiblichen" Eigenschaften, d.h. für mich die Nächstenliebe auch in Gefühlen auszudrücken, nicht unterdrückt werden.
Durch das Lesen der Frauenzeitung ist mir klar geworden, daß ich es nicht geschafft hatte und nun wieder neu anfangen muß zu lernen, wie ich als Frau in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation Mensch sein kann- mir ist klar geworden, daß ich darum kämpfen muß und immer wieder Denkanstöße brauche, um von diesem Kampf nicht abzulassen.
Genau deshalb sind Erfahrungsberichte von anderen Frauen für mich so wichtig. Ich habe nicht mehr das Gefühl allein zu sein, hier oder da sind viele andere, die so denken wie ich und die vielleicht ähnliche Probleme haben oder ähnliches Glück empfinden.
Unter der herkömmlichen Sexualität leiden offensichtlich fast alle Frauen, jede auf ihre eigene Art und wir brauchen lange- fast zu lange, um eine eigenständige, zu uns persönlich passende Sexualität zu entwickeln.
Gerade aber diese Entwicklung kann gar nicht getrennt werden von der Entwicklunng der eigenen Persönlichkeit, d.h. Unterdrückung muß in allen Bereichen abgelegt werden, d.h. als Frau muß ich wohl gleichzeitig gegen alle Unterdrückungsformen kämpfen, weil letztlich auch die Unterdrückung der eigenen Sexulaliät nur eine Spielart der Unterdrückung der Frau ist. Und noch viel mehr -letztlich muß ich wohl sagen, daß die Unterdrückung in unserer Gesellschaft derartig immanent ist, daß sie sich überall wiederfindet- Frauen, Arme, Kinder, Sozial oder intellek - tuell Schwache, Kranke-



und was noch viel schlimmer ist, ich muß einsehen, daß ich ständig andere auch unterdrücke. Indem Maße, indem ich selber lerne, andere nicht zu unterdrücken, kann ich auch das Recht erwerben, gegen meine eigene Unterdrückung Schritte zu unternehmen.
Vielleicht kann man nicht immer mit jemandem über diese Themen sprechen und deshalb ist es ja so wichtig, über die Erfahrungen anderer Frauen zu lesen, und zu fühlen, daß sie über sich an uns und für uns sprechen- das gibt ein ganz schön fiefes Gefühl der Solidarität und Geborgenheit, ja, sogar Kraft, von dem Kampf nicht abzulassen, denn dieser Kampf gegen die Unterdrückung des Menschen ist letztlich wohl unser lebenslanger, für den wir uns den Rücken und auch den der nach uns folgenden stärken müssen. Jede und jeder von uns wird sich einen Weg für sich selber suchen, der seiner individuellen Kraft angemessen ist.



Rainer Maria Rilke

(Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen)

Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen,
die sich über die Dinge ziehn.
Ich werde den letzten vielleicht nicht vollbringen,
aber versuchen will ich ihn.

Ich kreise um Gott, um den uralten Turm,
und ich kreise jahrtausendelang;
und ich weiß noch nicht : bin ich ein Falke, ein Sturm
oder ein großer Gesang.

Es mag der eine oder der andere dieses Gedicht vielleicht als zu melancholisch empfinden, als zu wenig die Faust erhebend- aber gerade die 3. und die 4. Zeile sagen mir, worauf es ankommt, nicht den Mond sofort herunterholen wollen und verzagen, wenn es morgen nicht geschafft ist, sondern ganz zäh und beständig am Ball bleiben, ein Leben lang.
Vielleicht sagen auch die letzten beiden Zeilen, daß ich selber-und vor allem die anderen-verschiedene Arten haben kann, den Kampf aufzunehmen, mal als Falke, mal als Sturm oder Gesang.
Wer mich jetzt gern nur als Frauenrechtlerin sehen möchte, dem will ich nur gelassen zurufen, er möge sich fragen, warum er das Thema gerne von sich abschieben will und er möge lesen, daß es um die Unterdrückung insgesamt geht und das letztlich jede Form der Unterdrückung wohl weggearbeitet werden muß. Wer sich als Mann an irgendeiner Stelle für Unterdrückte einsetzt, sollte sich damit bewußt machen, daß auch die spezifische Unterdrückung der Frau sowie die des Mannes damit zu seinem Thema wird.



"Es ist schwer, eine Identität zu finden in eine Zwangswelt, die nur die Identitäten "Frau" oder "Mann" anbietet und zuläßt, wenn man "Mann" nicht sein will und "Frau" nicht sein kann.
Es wird aber nichts anderes übrigbleiben, als diese Zwangswelt aufzubrechen und am Ende abzuschaffen."

Zitat aus: Männersachen, Verständigungstexte von Männern, edition suhrkamp 717
Es lohnt sich durchaus für jeden, diese Texte von Männern zu lesen.

♀ ♂

Bericht von der 5. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS in Münster!

Die jährliche Mitgliederversammlung der VDS war dieses Mal in Münster vom 22.-24. Februar. Anwesend waren mehr als 5oo Delegierte, Vertreter von ca, 12o ASten, die ungefähr 600000 Studenten repräsentierten. Von den grossen Unis fehlten lediglich die beiden RCDS-regierten Bonn und Aachen.

Der erste Tag brachte nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes und dem Finanzbericht gleich etwas Erfreuliches: die Diskussion in kleinerern AGs, wo tatsächlicher Meinungsaustausch möglich war. Die Debatten im Plenum waren in früheren MVs wohl des häufigeren zur Emotionalisierung der eigenen Leute mißbraucht worden, sodaß nur noch rethorisch geschickt verpackte Statements abgegeben wurden, aber keine Diskussionen mehr geführt wurden. Und das war in den AGs natürlich anders. Alle wichtigen Sachbereiche wie Verfasste Studentenschaft, Studienreform, Repression, Frauen, Ökologie, Soziales und Frieden und Abrüstung wurden so in sehr offener Form vordiskutiert.

Am Samstag Morgen schlossen wir uns einer Demonstration gegen Wohnraumzerstörung an. Die Polizei hatte kurz zuvor zwei grosse, von Studenten besetzte Häuser räumen lassen, die sofort danach abgerissen wurden, da in 3 bis 4 Jahren(!) genau da eine neue Strasse lang führen soll(!). Bis zum letzten Moment hatte der (CDU=)Stadtrat die Besetzer bei Verhandlungen im Glauben gelassen, wenigstens für diese Zeit die Wohnungen mieten zu können. Doch dann kam die gewaltsame Räumung im Morgengrauen.

Dann begann die grosse Debatte über die Lage im ganzen, Perspektiven unserer Arbeit und das "Aktionsprogramm 80". Für Wirbel sorgten erst einmal die Basisgruppen, die zwar auf dieser MV nur wenige ASten vertraten, aber der Aufmerksamkeit immer sicher sein können, da sie als wichtiger Teil der Studentenbewegung angesehen werden. Sie forderten eine "Grundsatzerklärung der VDS" gegen die etablierten Parteien und einen Aufruf zum Protestwahlverhalten, sprich die Grünen wählen, beides Forderungen, die z.B. für die Jusos und den LHV (FDP-nahe) unannehmbar sind. Für den Fall der Ablehnung drohten die BGs den Rückzug aus dem VDS an. Nach einigen taktischen Finessen, die in meinen Augen nur dazu dienen konnten, hinterher ihren Abgang in der Öffentlichkeit besser begründen zu können, zogen dann ein paar dutzend Leute ab. Wie, auch für die bgs, zu erwarten war beschränkte sich die Presse so ziemlich darauf, dieses Theater auszuschlachten unter Titeln wie: Grüne waren Streitpunkt, Droht dem VDS die Spaltung, Wieder Spaltpilz am "Dach" der Studenten, Basisgruppen: raus aus der VDS!?, chaotische VDS usw.

In der Beratung des Aktionsprogrammes einigte sich die Versammlung dann nach manchmal zähem Verhandeln zwischen den einzelnen Fraktionen auf einen Text, der gedruckt immerhin 35 Seiten umfasst und den ihr im AStA



einsehen oder ausleihen könnt. Einige Punkte möchte ich herausheben.

Die VDS als Dachverband der Studentenschaften haben organisatorische Aufgaben, wie Koordinierung von inhaltlicher Arbeit z.B. in den Fachtagungen und Projektbereichen, Zusammenfassung der studentischen Vorstellungen zu Themen wie HRG und Studienreform. Eine Aufgabe ist das Bemühen um Bündnispartner wie die Gewerkschaften z.B. durch Kongresse gemeinsam mit dem BdWi (gewerkschaftlicher Bund demokratischer Wissenschaftler).

Als demokratisch legitimierte Vertretung aller Studenten nimmt die VDS Stellung zu Fragen wie Bafög, Verbot des politischen Mandates und Abschaffung der Verfassten Studentenschaft in Bayern und Baden-Würtemberg, wobei sie, z.B. durch einen Unterstützungsfond strafrechtlich verfolgten Studentenvertretern hilft und auch finanziell die "illegalen" Organe der Studentenschaft im schwarzen Süden der Republik unterstützt. Klar wurde noch einmal die einmütige Ablehnung aller Versuche der Herrschenden, unsere Meinungs- und Handlungsfreiheit einzuschränken, indem, oft mit Hilfe von klagenden RCDS-Kommilitonen, Studentenvertreter kriminalisiert werden, weil sie Flugblätter allgemeinpolitischen Inhaltes drucken liessen etc.

Der Kampf gegen HRG und Landeshochschulgestze bleibt, leider, weiter auf der Tagesordnung. Nach dem Teilerfolg der Zurücknahme der Zwangsexmatrikulation erleben wir jetzt, daß mit den einzelnen Studien- und Prüfungsordnungen z.B. durch Einführung von Meldefristen für die Prüfungen dasselbe Ziel erreicht werden soll. Hier aktiv zu werden ist Aufgabe der Fachbereiche, die auch die Kritik bestehender Wissenschaftsinhalte und die Erarbeitung alternativer Studienkonzeptionen zunehmend leisten. Die VDS fordern die Auflösung der zentralistischen Studienreformbürokratie. Eine demokratische Studienreform muß von den Hochschulen ausgehen und an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert sein.

Die Situation, daß in diesem Jahr der Bundestag gewählt wird, soll genutzt werden, um evt. Zugeständnisse zu erreichen, z.B. in der Frage der Verfassten Studentenschaft und einer Novellierung des HRG. Hierzu soll auch das Studentenfestival am 6./7. Juni in Mainz dienen, das neben vielen Diskussionen untereinander und einem grossen Kulturteil auch eine Grosskundgebung vorsieht, auf der die Betroffenheit der Studenten von Hochschulformierung, verschärften Studien- und Prüfungsbedingungen, Einengung kultureller und schöpferischer Aktivitäten usw. deutlich werden soll. (Anmerkung: wir Medizinstudenten wollen das Wochenende in Mainz zu einem Besuch bei Herrn Krämer vom IMPP nutzen!)

Die soziale Lage der Studenten hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Hierzu einige Zahlen:
Der Förderungsbetrag, den ein Student einer statistischen Durchschnittsfamilie erhält ist von 354,- im Jahre 71 auf 1oo,45 im Jahre 78 gesunken. Dafür wurde der Darlehensanteil auf 15o,- erhöht. Die QUote der Bafög-geförderten Studenten sank von '73 39% auf nur noch 33% im Jahr '79. Im Bundeshaushalt 79 wurde der Bafög-Etat um 15o Millionen Mark





gekürzt.Dagegen steht die dramatische Entwicklung der Heizkosten und der Mietpreise: 43% aller Studenten zahlen mehr als 17o,- Miete.Die VDS fordern,noch in diesem Jahr den Bafög.Höchssatz auf 75o,-anzuheben bei einem Elternfreibetrag von 152o,-,wobei uns argumentativ das Deutsche Studentenwerk und die Gewerkschaften zur Seite stehen.

Weitere Diskussionspunkte waren

-Anti-Faschismus

Hitlerwelle,Schonung rechtsradikaler Gewalttäter durch die Justiz und verstärktes Auftreten neofaschistischer Gruppen,dagegen „Rock gegen Rechts"

-Studentische Sozialisation,Kultur,Wohnen

Erstsemesterarbeit

-Internationales

der Rassismus in Südafrika und seine Unterstützung durch unsere Regierung und auch unsere Hochschulen und leider aktuell der Vormarsch des Faschismus in der Türkei,unterstützt durch bundesdeutsche Kredite und Waffen,dazu das immer frechere Auftreten der Grauen Wölfe in der BRD

-Frieden und Abrüstung

hier konnte,wie zu erwarten,keine Einigung in der Frage der Einschätzung der sowjetischen Präsenz in Afganistan erzielt werden.Die Positionen reichten von der Billigung über eine differenzierte bis zur generellen Ablehnung und Verurteilung.Dessen ungeachtet halten die VDS den Kampf für Frieden und Abrüstung,gerade in Europa für einen unverzichtbaren Bestandteil ihrer Arbeit.

-Frauen

der Anteil der Frauen an den Hochschulen liegt unter 1o%,bei den Studenten bei ca. 35%,die sich noch dazu auf traditionelle Frauenfächer,konzentrieren.Zur Analyse dieses Komplexes und zur konkreten Hilfe für die Frauen bilden sich zunehmend Frauengruppen und Frauenreferate,deren Koordinierungsgremium der Projektbereich Frauen in der VDS ist.

-Homosexualität

Es zeigte sich,daß 11 Jahre nach der Refom des §175 die Situation schwuler und lesbischer Studenten immer noch mies ist.

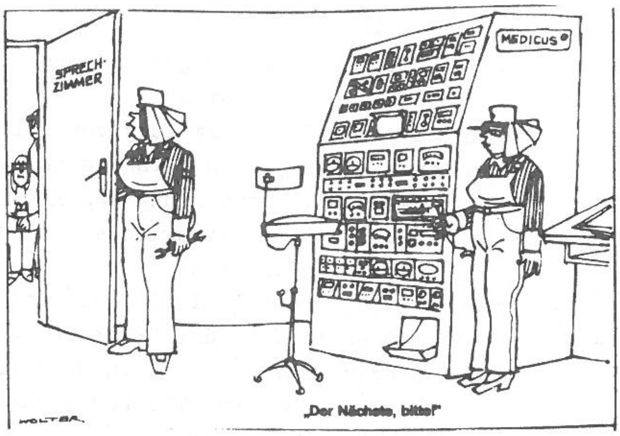
Bei den Diskussionen zeigte sich,für mich erfreulich deutlich,wie stark die verschiedenen Fraktionen bemüht waren,einen Konsens zu finden,wo immer das ging.Das unterstrich deutlich das Verständnis der VDS als wichtiger Klammer der Studentenbewegung,als, trotz aller Fehler und Schwerfälligkeit unverzichtbares "Dach" aller Studentenschaften. Daß diese VDS auch in Bonn ernstgenommen werden,zeigte einerseits er Artikel im "Vorwärts"(SPD-Wochenzeitung)unter der Überschrift „VDS in Münster:zurück zu fundierter Arbeit" und auf ihre Art die CDU im Deutschland-Union-Dienst,die aus Münster "einen Scherbenhaufen und politisches Chaos" meldete.Und wenn die CDU schimpft,wirds wohl nicht so falsch gewesen sein.



Bericht von der VDS-Fachtagung am 12.4. in Frankfurt.

Die Fachtagung wurde von Vertretern von 33 Fachschaften besucht, eine gewohnt gute Beteiligung. Erster Tagesordnungspunkt war der Erfahrungsaustausch, wobei sich zeigte, daß das Thema Pflichtvorlesung keineswegs als gegessen angesehen werden kann. In 10 klinischen Fachbereichen gibt es schon welche (einsame Spitze ist Freiburg mit eingeführter Pflichtvorlesung in 7 klinischen Fächern mit practicando-Kontrolle am Patienten, die allerdings boykottiert werden) und etliche Fachschaften berichteten von dem Kampf um Studienordnungen, die die Einführung der Pflichtvorlesung ermöglichen würden und noch in den Gremien beraten werden. Grotesker Einschub: In Bonn drohten RCDS-Studenten den FS-Vertretern mit einer Klage, falls die Unterschriftenliste in der Pflichtvorlesung Allgemeinmedizin geklaut würde.

Das vergangene Wintersemester wurde allgemein als positiv für die Mobilisierung der Studenten angesehen, wozu die Aktionswoche Anfang Dezember entscheident beigetragen hat. Auf ihr wurden teilweise neue AGs gegründet, alte aktiviert und allgemein die Diskussion wiederbelebt. Durch fast 10000 Unterschriften konnte die Betroffenheit der Studenten über die wahnsinnigen Durchfallquoten deutlich gemacht werden. Höhepunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserem Studium soll dieses Semester der Gesundheitstag in Berlin am 14.-18.5. werden und das Medizinertreffen auf dem VDS-Studentenfestival in Mainz am 6./7.6..



„Der Nächste, bitte!"

Im Kampf gegen die verschärften Prüfungsbedingungen der 3. AO-Novelle ergab das Stimmungsbild, daß sich die Mehrzahl der Kommilitonen wohl dem verstärkten Druck gebeugt hat und mehr lernt. Auch scheint der Schwierigkeitsgrad der Fragen, wohl nicht zuletzt aufgrund der massiven Proteste der Studenten etwas gesenkt worden zu sein, sodaß sich die Durchfallquoten in den Staatsexamina halbiert haben. Wir kamen gemeinsam zu der Überzeugung, daß es z.Z. nicht sinnvoll ist, auf einen bundesweiten Streik hinzuarbeiten, der ja nach wie vor unser stärkstes Kampfmittel ist.

Berichtet wurde von dem Vorschlag von Prof. Gollenhöfer, den NC abzuschaffen, um dafür das Physikum zur entscheidenden Barriere mit Durchfallquoten wie in Frankreich zu machen. Auch die berüchtigte "kleine Kommmission" tagt bald wieder im zweiten Turnus. Beraten werden Fragen des Status der Ärzte, der Ethik und Berufsziele, der Ärzteschwemme und evt. Ärztearbeitslosigkeit. In diesem Turnus ist kein konkreter Gestzesvorschlag zu erwarten, vergleichbar den Vorschlägen zur Änderung der AO, dennoch dürften die Ergebnisse von größter Wichtigkeit sein für die Planungen im Hochschulbereich und im Gesundheitswesen. Wir werden euch kontienuierlich unterrichten.

Aus dem Aktions-programm der VDS

In diesem Artikel wollen wir Euch einige wichtige Auszüge aus dem Aktionsprogramm '80 der VDS vorstellen.

1. Gewinnung von Bündnispartnern

Hier kommt vor allem der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine besondere Bedeutung zu.

2. Nach wie vor : Wahrnehmung des politischen Mandates

3. Aktiver Widerstand gegen die 'Strauß-Kandidatur'

4. Verfasste Studentenschaft

Unterstützung der Studentenschaft in Baden-Württemberg und Bayern.
Entwicklung einer Spendenaktion

5. LHG/HRG/Studienreform

Eine Teilnovellierung des HRG ändert noch nichts, denn durch Einführung von Meldefristen zu Prüfungen nach Ablauf der Regelstudienzeit und Nichtbestehen bei Überschreiten, bleibt der repressive Charakter erhalten.
Ziel : gesamte Neufassung des HRG
Im einzelnen : Streichung der Zwangsexmatrikulation

- Gesetzliche Verankerung der verfassten Studentenschaft mit politischem und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie !
- Verankerung der paritätischen Mitbestimmung !
- Streichung des Ordnungsrechts !
- Beteiligung an der Kampagne "Recht auf Arbeit - Recht auf Biildung" des DGB
- Kontrolle der Drittmittelforschung
- Durchsetzung des Konzepts der integrierten Gesamthochschulen.
- Ausbau des zweiten Bildungsweges

Ziel der Studienreform muß sein, Hochschulabsolventen zu befähigen ihre Qualifikation zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung einzusetzen und nicht die Ausbildung allein am Nutzen für das Erzielen privatwirtschaftlicher Profite auszurichten. (Problematik des Akademikers 1., 2., 3. Kasse)

6. Soziale Öffnung der Hochschule

- Ablehnung jeglicher Form von Eingangstests
- Erhöhung des BAFöG auf DM 750.--
  -"- -"- Elternfreibetrages auf DM 1520.--
- Einteten für die Errichtung ausreichender Wohnmöglichkeiten für Studenten an ihren Hochschulorten.
- Erarbeitung eines Schulungskonzepts zur zur Qualifikation von AStA- Referenten für die Sozialberatung.

7. Repression

- Einrichtung eines Projektbereiches "Politische Repression"
  Aufgabe und Ziel: Sammlung von Fällen, deren Aufarbeitung, Diskussion von Strategien, Entwicklung von Aktionsvorschlägen, Einrichtung eines ständigen Informationsdienstes
- Aufklärung und Initiierung von Solidaritätsmaßnahmen über die Prozesse, Straf- und Disziplinarmaßnahmen in Heidelberg, Frankfurt, Tübingen, Würzburg, Vechta, Giessen und West- Berlin



- Angesichts der Verfassungsschutzschnüffeleien an bundesdeutschen Hochschulen, werden die VDS vor allem den Bereich Datenschutz aufarbeiten.
- Beteiligung an Initiativen, die sich mit der Abschaffung der Berufsverbote befassen.
- Die VDS fordern die Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer und unterstützen die aktuellen Proteste der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden gegen Gewissensprüfung und Kasernierung der Zivildienstleistenden

8. Studentische Sozialisation und Kultur

Ein Schwerpunkt aus diesem Arbeitsbereich muß die Erstsemesterarbeit sein. Erstsemester geraten aufgrund ihrer Orientierungslosigkeit am Studienbeginn und wegen der mit dem Studienbeginn verbundenen Frustrationen am leichtesten in die Anpassungsmaschinerie Hochschule. Ausdruck dieser entfremdeten Arbeits- und Lebensbedingungen sind : Kommunikationsschwierigkeiten, Isolation, Konkurrenzverhalten, Unterdrückung emanzipativer, erfolgserlebender Persönlichkeitsentwicklung, unsolidarische Verhaltensweisen. Erschreckend ist die Höhe der Selbstmordraten.
Erstsemesterarbeit kann sich nicht beschränken auf rein studienbezogene Probleme, sondern muß darüberhinaus die gesamten Lebensbedingungen von Erstsemestern umfassen.

Verstärkte Entwicklung einer breiten Kulturarbeit, hierzu gehören : Einberufung eines AStA-Kulturrefrententreffens, Kontaktaufnahme zur Bundesvereinigung studentischer Kulturarbeit.

9. Internationalismus

- Ständige Zusammenarbeit mit den chilenischen Exilorganisationen
- Herausgabe einer Presseerklärung mit folgendem Inhalt :
  Keine Unterstützung des Vormarsches des Faschismus in der Türkei durch bundesdeutsche Kredite und Waffen.
  Schluß mit der Unterstützung türkischer Faschisten durch Stauß
  Schluß der Kolaboration der Behörden mit den türkischen Faschisten

10. Frieden und Abrüstung

Die VDS setzen ihre Aktivitäten im Kampf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung fort und stellen sich allen Versuchen entgegen, den Entspannungsprozess in sein Gegenteil umzukehren. Die VDS verurteilen alle Versuche, die Neutronenbombe einzuführen und werden aktiv gegen alle Stationierungspläne in unserem Lande eintreten.

11. Situation der Frauen

- Erstellung einer Analyse zur Situation der Frauen an den Hochschulen.
- Kontaktaufnahme zu Frauenforschungsintiativen
- Ausweitung des frauenspezifischen Lehr- und Forschungsangebotes an den Hochschulen
- Beteiligung an Kongressen und Tagungen die Frauenfragen betreffen
- Aufbau von Frauenreferaten

Das gesamte VDS- Aktionsprogramm kann im AStA gelesen werden.



„Entschieden zuwenig Bäume in diesem Viertel!"

der zusammenhang der dinge

jeder schwanz
wedelt
mit einem ganzen hund

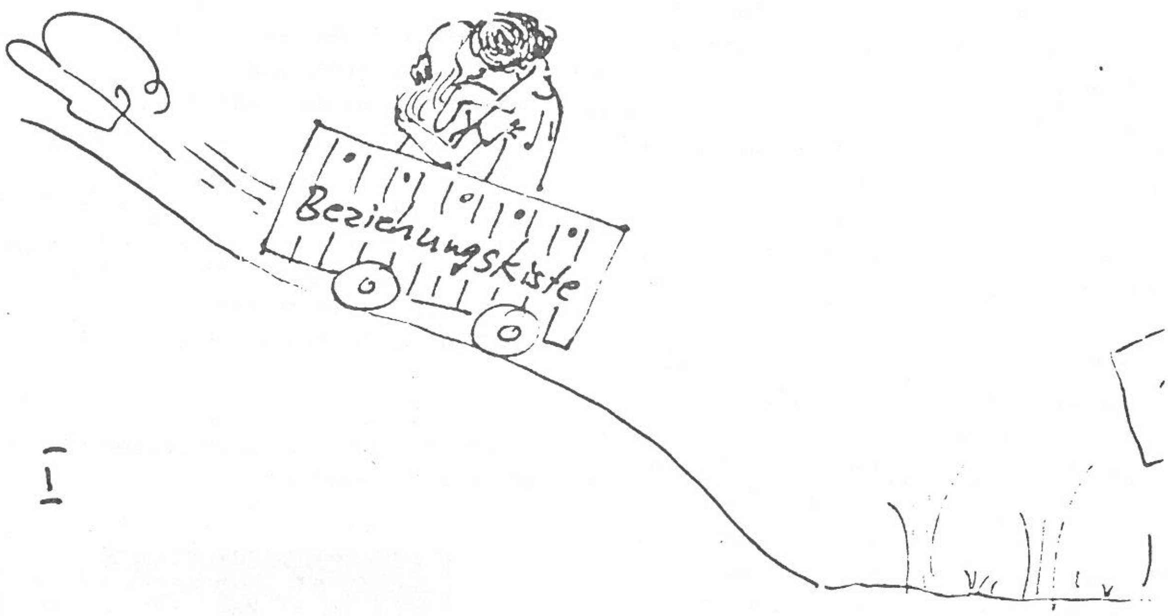
hinter jedem loch
wartet
eine komplette frau

laßt uns
das alte spiel
von stecker und dose
auf die müllhalde werfen

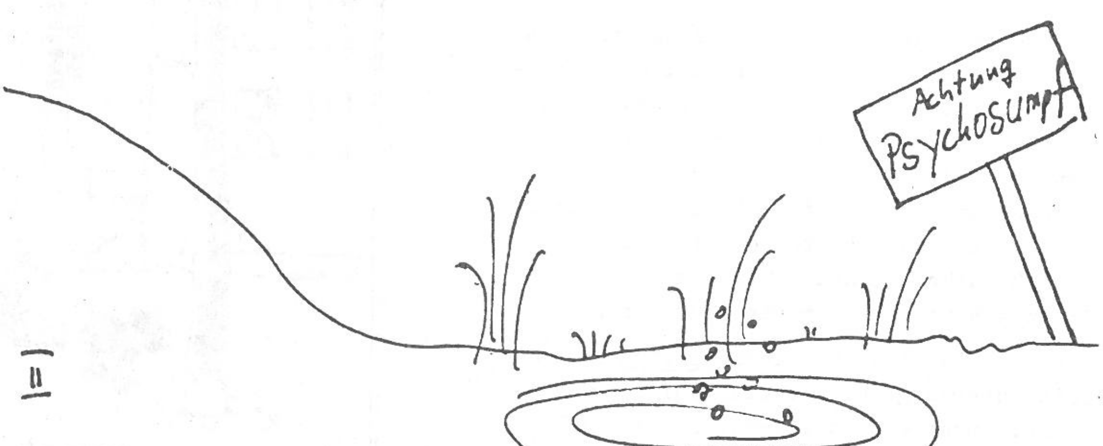
es war
ein kurzschluß

gisela tesmer

Die Gedichte stammen von der Göttinger Zeitschrift: 'die blattlaus' Ausgabe Beziehungen.



I



II

DAS FENSTER

das fenster sieht aus
wie ausgekotzt
w i e a u s g e k o t z t
sagte er zu ihr
so nebenbei
während sie
den fußboden schrubbte

Henning Behme

nachbarssichtlich

bis eines tages
diese schamlose person
diese dahergelaufene
einfach gekommen ist
und hat ihm den kopf verdreht
und hats mit ihm getrieben tag für tag
auf schändliche art und weise
solange bis er sie zu sich genommen hat
in seine wohnung
nun leben sie miteinander
und treiben es noch ärger
offensichtlich
hat sie ihm nicht nur den kopf
sondern auch noch den schwanz verdreht

angelika fischer-hoinkes

verhütung

zu einer emanzipierten
gehöre unter anderem
wenn sie schon nicht
zu anderen mitteln grei
daß sie
die präservative
bereit
halte
... ich kramte welche
aus meiner hosentasche
übergab sie ihm
er sich

schattenseiten

schade
daß du so vernünftig bist
mit dir
hätte ich so gerne
noch ein paar fehler mehr gemacht
vielleicht
wären wir dann
zusammen
klüger geworden

sigrid gröhe



AUF ZUM Gesundheitstag

BERLIN: 14.-18. Mai 80

- da kommen viele!!!